



Politischer Islam und christlicher Fundamentalismus – Herausforderung für das östliche Afrika

Dominic Johnson

Januar 2004

Das östliche Afrika wurde in jüngster Zeit zur Front des internationalen „Krieges gegen den Terror“. Es wäre jedoch falsch, aus der gewachsenen geopolitischen Bedeutung der Region eine zunehmende Sympathie in der Bevölkerung für den radikalen Islamismus zu folgern und einen Konflikt zwischen Christentum und Islam aufkommen zu sehen. Zwar gibt es sowohl unter Muslimen, als auch im übrigen unter Christen, Tendenzen zu einer Radikalisierung. Der Hauptkonflikt religiöser Natur in Ostafrika ist jedoch der zwischen einem fundamentalistischem Religionsverständnis einerseits und dem bislang verbreiteten Umgang mit Religion andererseits, der den Glauben lediglich zu einem der identitätsstiftenden Faktoren der Menschen macht. Und diese Auseinandersetzung findet v.a. innerhalb der religiösen Gemeinschaften statt, nicht zwischen ihnen.

Ostafrika – ein Hort des al-Qaida-Terrors?

Ostafrika ist nach Afghanistan und Irak zur dritten Front des internationalen „Krieges gegen den Terror“ geworden. Der Kleinstaat Dschibuti an der südlichen Einfahrt zum Roten Meer ist Basis für mehrere tausend US-amerikanische, deutsche und französische Soldaten sowie einen internationalen Flottenverband mit deutscher Beteiligung, der die notorisch unsicheren Seewege entlang der Arabischen Halbinsel und am Horn von Afrika überwacht. Jemen, Heimatland der Familie von Osama Bin Laden, und das

seit 1991 staatenlose und von Warlords beherrschte Somalia gelten als mögliche Rückzugsgebiete und Transitländer für Terroristen. Aus diesen Ländern heraus können nämlich die für die Weltwirtschaft zentrale Seeverbindung von Asien nach Europa sowie westliche Interessen in prowestlichen Nachbarstaaten wie Kenia und Saudi-Arabien angegriffen werden. Die gewachsene geopolitische Bedeutung Ostafrikas seit den Terroranschlägen des 11.9.2001 wird leicht gleichgesetzt mit einer inhärenten Neigung der Bevölkerung der Region zur Sympathie für den radikalen Islamismus. Verschiedentlich sind Mitglieder des al-Qaida-Netzwerkes oder gar Bin Laden selbst in Somalia

vermutet worden. Die dortige informelle Wirtschaft, die eng mit den Ökonomien der Nachbarländer verflochten ist, wurde schon kurz nach den Anschlägen des 11. September von den USA zum Motor der Terrorfinanzierung erklärt und mit Repressalien überzogen. Radikale, bewaffnete islamistische Gruppen sind in Somalia geortet worden. Schon seit einem gescheiterten Mordanschlag auf den ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak in Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba 1995 macht die mit den USA verbündete äthiopische Regierung regelmäßig bewaffnete Islamisten, die mit separatistischen Rebellengruppen unter den Oromo- und Somalibevölkerungen des ostäthiopischen Ogaden liiert seien, für Instabilität in Äthiopien verantwortlich. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre trat die äthiopische Armee mehrmals auf somalischem Staatsgebiet gegen vermutete islamistische Milizen in Aktion, nachdem diese sich mit äthiopischen Rebellen verbündet hatten. Die Staatenlosigkeit Somalias und die daraus resultierende Unfassbarkeit innersomalischer Machtverhältnisse für Außenstehende ist geradezu ein Sinnbild für das Wesen al-Qaidas als entterrorialisertes Netzwerk ohne greifbare Struktur oder Lokalisierung.

Für die Sichtweise einer Verankerung radikaler Islamisten am Horn von Afrika spricht, dass sich tatsächlich regelmäßig Terrorakte in Kenia und Jemen ereignen. Am 7. August 1998 wurden bei zwei fast zeitgleichen Bombenanschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania insgesamt 224 Menschen getötet; Mitglieder von al-Qaida wurden als Täter identifiziert. Am 12. Oktober 2000 töteten mutmaßliche Anhänger Bin Ladens beim jemenitischen Aden 17 US-Soldaten bei einem Anschlag auf das US-Kriegsschiff „USS Cole“. Am 28. November 2002 starben 18 Menschen bei einem Selbstmordanschlag auf ein Touristenhotel im kenianischen Mombasa; zugleich scheiterte dort der Versuch, ein vor allem mit israelischen Touristen besetztes

Charterflugzeug mit einer Rakete abzuschießen.

Mutmaßliche lokale Mittäter der Anschläge vom August 1998 wurden im Dezember 2001 im kenianischen Mandera verhaftet; im März 2003 setzte eine Miliz in Somalias Hauptstadt Mogadischu in Zusammenarbeit mit dem US-Geheimdienst weitere mutmaßliche Täter der Anschläge von 1998 und 2002 fest und lieferte sie an Kenia aus. Als Schlüsselfigur bei der Organisierung beider Anschläge gilt der auf den Komoren geborene Fazil Abdullah Mohammed, der jahrelang auf der kenianischen Urlaubsinsel Lamu als Koranlehrer arbeitete.

Über Fazil Abdullah Mohammed lieferte eine UN-Untersuchungskommission, die die Einhaltung des geltenden UN-Waffenembargos gegen Somalia untersucht, Anfang November 2003 neue, beunruhigende Einzelheiten. Unter seiner Führung, hieß es in einem Bericht der Kommission, habe sich nach den Anschlägen von 1998 ein al-Qaida-Team an der Küste des Indischen Ozeans auf beiden Seiten der kenianisch-somalischen Grenze eingerichtet. Von November bis Dezember 2001 – dem Zeitpunkt, wo international ein US-Militärschlag in Somalia gegen Anhänger Bin Ladens erwartet wurde – habe es sich in Mogadischu aufgehalten. Die für die Anschläge von Mombasa im November 2002 eingesetzten Boden-Luft-Raketen seien entweder aus Jemen oder aus Eritrea nach Somalia geliefert worden und im August 2002 von dort nach Kenia gelangt. In Vorbereitung dieser Anschläge habe sich das al-Qaida-Team in vier Gruppen aufgeteilt, von denen eine in Mogadischu blieb, eine auf die Insel Lamu fuhr und zwei in Mombasa zum Einsatz kamen. Von solchen Erkenntnissen ist es nicht weit zu der Vermutung, der ostafrikanische Islam sei Nährboden für Extremisten.

Islam und Politik in Ostafrika

In Tansania ist über ein Drittel der Bevölkerung islamischen Glaubens, für

Kenia schwanken die Angaben zwischen zehn und 25 Prozent, für Uganda zwischen fünf und 16 Prozent. In Äthiopien bekennt sich knapp die Hälfte der Bevölkerung zum Islam, während Somalia und Dschibuti fast ausschließlich muslimisch sind. Es ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen dem Horn von Afrika und den Staaten Kenia, Uganda und Tansania: Am Horn von Afrika ist der Islam seit seinen Anfängen im 7. Jahrhundert präsent und hat sich dort autonom entwickelt, was ihn äußeren Beeinflussungen wenig zugänglich macht; weiter südlich in Ostafrika, mit dem Schwerpunkt der Küste des Indischen Ozeans in Kenia und Tansania, ist seine Ausbreitung eher späteren Handelskontakten geschuldet und ist bis heute viel stärker mit Entwicklungen in der weltweiten muslimischen Umma verknüpft. Für beide Regionen gilt jedoch, dass traditionell nicht religiöse Identitäten bestimmend sind für politische und ökonomische Loyalitäten, sondern Blutsbande – also Clanzusammenhänge auf der lokalen Ebene, ethnische Rivalitäten auf der nationalen. Religion ist vor allem Privatsache. In Ländern, wo Christentum und Islam koexistieren, gibt es keine Trennung zwischen christlichen und muslimischen Bevölkerungen; die Koexistenz verschiedener Glaubensrichtungen ist sogar innerhalb von Familien zu finden.

In solchen Ländern finden islamistische Prediger, die die Gemeinschaft und Abgrenzung der Muslime im Kampf gegen den Westen fordern, keinen fruchtbaren Boden, weil sie damit die Gesellschaft spalten müssten, in der sie leben, und damit ihrer Sache schaden würden. Schließlich war ja nach den Anschlägen von 1998 in Kenia die Wut über die Vernachlässigung der kenianischen Opfer im Vergleich zu den US-amerikanischen durch die US-Behörden unter Christen und Muslimen gleichermaßen stark. Wie überall in Afrika eint auch im Osten des Kontinents die Abneigung gegen die vermutete US-Dominanz in der Weltpolitik Anhänger unterschiedlicher Religionen

und politischer Strömungen. Daran ändern auch Klagen muslimischer Intellektueller vor allem in Tansania über angebliche Benachteiligung der Muslime im sozialen und politischen Leben wenig.

Auch in Somalia war der vorübergehende Aufschwung fundamentalistischer Interpretationen des Islam während der 90er Jahren vor allem den Begleiterscheinungen des Staatszerfalls geschuldet: auf lokaler Ebene bot sich die Rückbesinnung auf strenge religiöse Gesetze als einzige Alternative zur Abwesenheit staatlicher Strukturen und zur Willkürherrschaft einzelner Warlords an. Da aber auch dies vom guten Willen lokaler Herrscher abhing, verfiel sich der somalische Islamismus schnell im somalischen Dauerzustand endloser bewaffneter und ökonomischer Machtkämpfe. Dass nach dem 11.9.2001 die islamistische Miliz al-Ittihad beispielsweise von äthiopischer Seite zum zu bekämpfenden Feind erklärt wurde, ist den äthiopischen Machtinteressen in Somalia zuzuschreiben. Vor Ort entdeckten unabhängige Beobachter schnell, dass die vermuteten Ittihad-Trainingslager nahe der äthiopischen Grenze längst aufgegeben worden waren, nach gezielten äthiopischen Militäreinsätzen in den 90er Jahren.

In jedem ostafrikanischen Land allerdings sind Ansätze zu Konflikten zu beobachten, bei denen politische Gegensätze zum Nachteil der Muslime religiös angehaucht sind. In Äthiopien werden Rebellen unter den Oromos systematisch von staatlicher Seite in die Nähe des militanten Islam gerückt, was dazu dient, beide Gruppen zu diskreditieren. In Kenia hat die somalische Minderheit im Nordosten des Landes – wo jahrzehntelang Ausnahmezustand herrschte – sowie in der Hauptstadt Nairobi seit Jahren mit dem Pauschalverdacht zu kämpfen, Clanstreitereien aus Somalia nach Kenia hineinzutragen und den grenzüberschreitenden Schmuggel von Kleinwaffen und der Droge Qat zu betreiben, mit dem Wilson-Flughafen von Nairobi als Drehscheibe. Außerdem gibt es seit dem Beginn von Beratungen über eine

neue Verfassung in diesem Jahr politischen Streit um die Zulassung islamischer „Khadi“-Gerichte parallel zum existierenden Rechtssystem.

In Tansania kommt es seit den ersten Mehrparteienwahlen 1995 regelmäßig zu Auseinandersetzungen um die Wahlergebnisse auf der Insel Sansibar und zu Repressalien der Bundesregierung gegen die dortigen lokalen Politiker, die meist Muslime sind und sich im tansanischen Staatswesen benachteiligt fühlen. Die Auseinandersetzungen wiederholten sich nach den Wahlen von 2000, und danach flohen zahlreiche sansibarischen Muslime nach Kenia oder sogar nach Somalia. Islamische Intellektuelle versuchen seitdem regelmäßig, die vermutete Benachteiligung von Muslimen in Tansania – die beispielsweise in höheren Bildungseinrichtungen viel weniger vertreten sind, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht – in Politik umzusetzen. So gibt es eine gewisse Nostalgie für die 1957 gegründete „East African Muslims' Welfare Organisation“, ein islamischer Dachverband des damaligen Britisch-Ostafrika, der nach der Unabhängigkeit Tansanias seine Bedeutung verlor und von Julius Nyereres Einheitspartei verschluckt wurde.

In Uganda rückt die Regierung seit langem Rebellen im Norden und Westen des Landes in die Nähe der islamistischen Regierung des Sudan im Bündnis mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo. 1999 kam es in Ugandas Hauptstadt Kampala zu einer Serie von Bombenanschlägen, die islamischen Sympathisanten westugandischer Rebellen, unter anderem der ADF (Allied Democratic Forces) zugeschrieben wurden, und Menschenrechtsgruppen berichteten danach über das Verschwinden zahlreicher muslimischer Häftlinge in „Safe Houses“ der ugandischen Polizei. Die Aktivitäten der nordwestugandischen Minirebellion „West Nile Bank Front“ (WNBF) wurden Anhängern des Exdiktators Idi Amin zugeschrieben, der bis Sommer 2003 in Saudi-Arabien lebte und zum Islam

konvertiert war; sein Sohn Taban Amin koordinierte die WNBF aus dem Kongo heraus.

Die zwiespältigen Erscheinungsformen des christlichen Fundamentalismus

Uganda ist ein besonders kurioser Fall, weil dort eine Symbiose zwischen radikalen islamischen und radikalen christlichen Strömungen stattzufinden scheint. Die größte ugandische Rebellenbewegung LRA (Lord's Resistance Army), die im Norden und Osten des Landes operiert und deren Krieg im November 2003 von der UNO als der schlimmste vergessene Konflikt der Welt bezeichnet wurde, operiert seit den 80er Jahren aus Basen im Sudan heraus, die von der Armee des dortigen islamistisch unterstützten Militärregimes geschützt werden. Sie geht aus der „Holy Spirit Movement“ ihrer Gründerin Alice Lakwena hervor, die sich als katholische Prophetin bezeichnet, und predigt eine strikte Einhaltung christlicher Gebote, die allerdings eigenwillig ausgelegt und nicht unbedingt mit dem Katholizismus zu vereinbaren sind.

Dass die LRA, die nicht auf besondere Sympathie seitens der Bevölkerung in ihrem Aktionsgebiet zählen kann, jetzt nach nahezu 20 Jahren stärker zu sein scheint als je zuvor, spricht für die Anziehungskraft solcher mystischen Kriegsideologien. Sie ist damit in der Region nicht alleine. In Ruanda und in Burundi haben bewaffnete Hutu-Gruppen in den 90er Jahren ihre Kämpfer mit christlichen Heilsversprechen mobilisiert. Im Südwesten Ugandas kam es 2000 zum aufsehenerregenden Massenmord an über 600 Gläubigen einer christlichen Sekte durch den Führer der Sekte, der damit das Eingeständnis umgehen wollte, dass der versprochene Weltuntergang zur Jahrtausendwende nicht eingetreten war.

Die Rolle der christlichen Lehre von Gut und Böse und der Betonung des Kampfes gegen den Teufel spielte auch eine Rolle beim ruandischen Völkermord von 1994.

Heute sind im an Uganda angrenzenden Distrikt Ituri in der Demokratischen Republik Kongo vor allem unter dem Lendu-Volk Milizen aktiv, die sich selbst als christlich verstehen, die aber Gebote des radikalen Islam – Verbot von Radiokassetten oder von Schweinefleisch – mit Relikten aus Riten von Naturreligionen kombinieren, zum Beispiel dem Verbot für Frauen, den Oberkörper zu bedecken, oder dem Verbot des Pflügens und Säens als Störung der Erde. In anderen Teilen des Kongo ist unter Milizen die Praxis, sich mit von Priestern gesegnetem „heiligen“ Wasser unverwundbar zu machen, weit verbreitet. Diese Milizen bezeichnen sich auf dieser Grundlage selbst als „Mayi-Mayi“ – benannt nach dem arabischen Wort für Wasser sowie nach einer gleichnamigen Revolte in Tanganjika gegen die deutsche Kolonialherrschaft Anfang des 20. Jahrhunderts.

Während diese Phänomene auf Kriegsgebiete beschränkt sind, breiten sich überall in Ostafrika Pfingstkirchen, charismatische Sekten sowie noch radikalere, sich aber zum Christentum zugehörig fühlende Gruppierungen aus. Sie gründen auf der wörtlichen Auslegung der Bibel, auf der Betonung des korrekten individuellen Lebenswandels und der Moralvorstellungen des Einzelnen und der ständigen Forderung an die Gläubigen, ihren Glauben durch entsprechendes Handeln unter Beweis zu stellen. Ein guter Christ ist nach ihrer Lesart jemand, der sich streng an Gottes Gebote hält und dafür auch in seiner Umgebung sorgt, und der in sich selbst die Sünde bekämpft und auch um sich herum. Wer so lebt, ist ein besserer Mensch und wird daher auch Erfolg im Leben haben.

Es sind klassische Aufsteigerreligionen, die gleichzeitig autoritätsfixiert sind. Viele dieser Kirchen gehen auf Missionierung aus den USA zurück und haben dorthin enge finanzielle Verbindungen. Sie haben vor allem in Kenia Schulen und Universitäten und nutzen auch die wachsende Aufmerksamkeit für die Ausbreitung von Aids dazu, mit radikalen

Moralkampagnen in die Gesellschaft hineinzuwirken. Mit den christlich-fundamentalistischen Rebellen im Afrika der Großen Seen haben diese Kirchen eigentlich nichts zu tun, aber sie berufen sich beide auf die Bibel und machen damit ihre Anhänger gefügig.

Ähnlich wie im Islam ist jedoch auch unter ostafrikanischen Christen keine allgemeine Radikalisierung oder Hinwendung auf fundamentalistische Bibeltreue zu erkennen. Nach wie vor sind die großen christlichen Konfessionen, die einer der christlichen Weltkirchen angehören haben, dominant. Die Pfingstkirchen und Sekten spielen ähnlich wie die radikalen Islamisten gewissermaßen die Rolle einer außerparlamentarischen Opposition, die dem Wesen nach kein Mainstream sein kann. Da sie die Abnabelung des Individuums von den Gewohnheiten seiner Umgebung fordern, setzen auch sie auf die Spaltung der existierenden Gemeinschaft und nicht auf ihre Festigung in Gegnerschaft zu einer Regierung.

Kampf der Kulturen oder Fundamentalisierung?

Es gibt also frappierende Ähnlichkeiten zwischen christlichen und islamischen Fundamentalisten. Beide bejahen die Moderne und fordern ihre Mitglieder auf, sich möglichst zu bilden und an die Spitze des technischen und ökonomischen Fortschritts zu stellen. Beide verlangen von ihren Anhängern sichtbare, beispielhafte Glaubensbekenntnisse in ihrer Umgebung, die sie von ihren Mitmenschen abheben. Beide fordern ihre jeweiligen traditionellen religiösen Institutionen als zu schlaff heraus und locken Anhänger mit ihrer Kompromisslosigkeit. Politische und soziale Toleranz ist beiden fremd, aber noch hat keine von ihnen einen dominanten Einfluss irgendwo in Ostafrika gewinnen können.

So ist es durchaus vertretbar, weniger den Gegensatz zwischen Islam und Christentum als Problem für Ostafrika zu begreifen als den Gegensatz zwischen

fundamentalistischem Religionsverständnis und dem bislang noch dominanten Umgang mit Religionen, der den Glauben zu lediglich einem unter mehreren Bezugspunkten in der Selbstorientierung der Menschen macht. In diesem Sinne kommt den neuen mystischen Praktiken bewaffneter Gruppen in instabilen Teilen Ostafrikas besondere Bedeutung zu, denn ihr Aufkommen ist eindeutig nicht äußeren Einflüssen zuzuschreiben. Ihre ungenierte Art, Phänomene unterschiedlicher Religionsausrichtungen in einem Regelwerk zu bündeln, steht in der ostafrikanischen Tradition, sich fremden Religionen nicht einfach unterzuordnen, sondern ausgewählte Teile ihrer Glaubens- und Wertesysteme gemäß den eigenen Bedürfnissen einzusetzen.

Auf diese Weise entstehen spontan eigene religiöse Fundamentalismen, die sich der Zuordnung zu einer Weltreligion entziehen und sich auch nicht für den globalen „Kampf der Kulturen“ interessieren, sondern einfach die eigenen lokalen Machtverhältnisse herausfordern. Dies birgt vermutlich eine größere Gefahr für Ostafrikas Stabilität als Missionierung von außen. Dass Ostafrikas weltpolitische Bedeutung wächst und seine Stabilität unter dieser wachsenden Bedeutung leidet, dürfte die Menschen nicht unbedingt für den Kampf zwischen Christentum und Islam oder zwischen dem Westen und al-Qaida empfänglich machen, dessen Ursprünge woanders liegen; aber es kann das Bedürfnis vieler Menschen nach unerschütterlichen, außerhalb jeder Kritik stehenden Wertesystemen vergrößern, egal welchen Glaubens sie sind.

Zum Autor:

Dominic Johnson ist Afrika-Redakteur der „tageszeitung“.

Ansprechpartner:

Dr. Werner Puschra, Tel.: 0228-883 576

Werner.Puschra@fes.de

Sabine Matambalya, Tel: 0228-883 577

Sabine.Matambalya@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Referat Afrika

Godesberger Allee 149

53170 Bonn

Fax: 0228-883 623

